

08.01.2013 - Bangladesh: Die Opfer des Textilbooms

von Lutz Getzschmann

Mindestens 120 Beschäftigte einer Textilfabrik ? die meisten davon Frauen ? starben am 24. November bei einem Feuer in der Nähe von Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesh. Der Brand war offenbar in der zweiten Etage der siebenstöckigen Fabrik ausgebrochen und hatte die Fluchtwege aus den höheren Stockwerken blockiert.

Die Fabrik von Tazreen Fashion, in der 1500 Beschäftigte in einem Hochhaus auf engstem Raum arbeiten, produziert vor allem Kleidung für Billiganbieter aus Europa und USA: darunter den deutschen Textildiscounter Kik, die französische Supermarktkette Carrefour und den US-Einzelhandelsriesen Walmart. Die deutsche Modekette C&A bestätigte, dass sie bei Tazreen Fashion fertigen lässt: Die Fabrik sei beauftragt gewesen, 220000 Sweatshirts herzustellen und von Dezember 2012 bis Februar 2013 an C&A in Brasilien zu liefern.

Laut Regierungsangaben kamen seit 2006 über 470 Menschen, vor allem Frauen, durch Brände in Textilfabriken ums Leben. Die international arbeitende Clean Clothes Campaign (CCC) schätzt die Zahl der Toten jedoch auf etwa 700. Nach der Katastrophe vom 24.11. registrierten auch deutsche Medien, unter welch erbärmlichen Bedingungen die Kleidung produziert wird, die von den Textildiscontnern hierzulande vermarktet wird. Allerdings fällt auf, dass die Aufmerksamkeit der Medien in dieser Hinsicht sehr selektiv ist: Als im September eine Textilfabrik in Karachi in Pakistan brannte und mehr als 300 Arbeiterinnen starben, blieb dies von den deutschen Medien weitgehend unbeachtet. Auch für die Betreiber dieser Fabrik war die Textilkette KiK der Hauptauftraggeber. Und wenige Wochen nach dem Brand bei Dhaka ist von der medialen Aufmerksamkeit für die Arbeitsbedingungen der Textilarbeiterinnen in asiatischen Billiglohnländern so gut wie nichts mehr übrig geblieben.

Am Brandschutz wird gespart...

In Bangladesh wie in Pakistan, Vietnam oder auch Kambodscha werden Brandschutzbestimmungen systematisch ignoriert. «Viele Fabriken sparen sich alle Brandschutzmaßnahmen, haben keine Notausgänge, verstellte Türen, vergitterte Fenster. Mitunter werden im Brandfall sogar die Tore vom sog. Sicherheitspersonal verschlossen gehalten, damit niemand Waren oder Nähmaschinen aus der Fabrik mitnehmen kann», erklärte Michaela Königshofer von der CCC auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mehrerer Initiativen aus Deutschland und Österreich. Die Kampagne macht sich für einen grundlegenden Wandel im Umgang mit den

Sicherheitsvorkehrungen in Bekleidungszulieferbetrieben stark.

Im Fall der ausgebrannten Fabrik von Tazreen Fashion wurde Anfang Dezember bekannt, dass die Betreiber im Sommer die gesetzlich geforderte Brandschutzlizenz hatten auslaufen lassen, ohne sie neu zu beantragen, offenbar um eine für die Verlängerung erforderliche Fabrikinspektion zu umgehen. Dies hatte jedoch behördlicherseits keinerlei Aufmerksamkeit erregt; normalerweise hätte die Produktionsstätte nach Auslaufen der Lizenz sofort stillgelegt werden müssen, wenn es nach den formalen gesetzlichen Bestimmungen gegangen wäre.

Im Frühjahr dieses Jahres unterzeichnete das US-amerikanische Textilunternehmen PVH als erster Abnehmer eine Brandschutzvereinbarung mit Gewerkschaften und NGOs in Bangladesh. Darin war ein Zwei-Jahres-Programm vorgesehen, das sowohl Schulungen zum Brandschutz als auch die Bildung von betrieblichen Arbeitsschutzkomitees und ein umfassendes unabhängiges Kontrollsystem umfasst. PVH, zu dem Marken wie Tommy Hilfiger und Calvin Klein gehören, machte allerdings zur Vorbedingung für das Inkrafttreten der Vereinbarung, dass sich mindestens drei weitere namhafte Textilkonzerne an dem Abkommen beteiligen. Tchibo trat im September dem Brandschutz-Abkommen bei. Die Modeketten H&M, C&A und Zara hingegen weigerten sich bislang.

Inzwischen forderte Ver.di die betreffenden Unternehmen auf, dem Abkommen beizutreten und kündigte an, Druck auf die in Deutschland ansässigen Textilketten auszuüben. «Vor wenigen Wochen haben die Betriebsräte von H&M bei einer bundesweiten Konferenz die Unternehmensleitung aufgefordert, endlich zu handeln. Ende November schließlich forderten der Gesamtbetriebsrat von H&M und Ver.di das Management auf, soziale Verantwortung zu übernehmen und endlich dem Brandschutzabkommen beizutreten», so der Textileinzelhandelsexperte bei Ver.di, Johann Rösch. Die Betriebsräte in ganz Deutschland seien jetzt dabei, bei den Beschäftigten Unterschriften für den Beitritt ihres Arbeitgebers zu sammeln.

...weil er teuer ist

Vereinbarungen allerdings, deren Umsetzung relativ lasch kontrolliert wird, können nur von sehr begrenztem Wert für die Arbeiterinnen sein, zumal eine tatsächliche Verbesserung der Sicherheitsstandards in den Textilfabriken die westlichen Auftraggeber teuer zu stehen kommen dürfte: Die sind nämlich in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen und teilweise provisorisch in völlig ungeeigneten Gebäuden wie etwa dem im November betroffenen Hochhaus untergebracht. Das Workers Rights Consortium (WRC), eine hauptsächlich in den USA agierende NGO, mit der u.a. zahlreiche

Universitäten und Colleges assoziiert sind, hat die Kosten für die effektive Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen auf umgerechnet 3 Mrd. US-Dollar in den nächsten fünf Jahren beziffert? Investitionen, die letztlich die westlichen Auftraggeber tragen müssten. Hierzu werden diese wohl kaum zu bewegen sein. Bisher erfüllt die Hälfte der Textilfabriken in Bangladesh nicht mal die mangelhaften gesetzlichen Sicherheitsstandards, so sagt zumindest Kalpona Akter, Executive Director beim Bangladesh Center for Workers Solidarity, einer unabhängigen Organisation von Textilarbeiterinnen.

Der miserable Zustand der Gebäude ist jedoch nicht das einzige Problem mit der Textilproduktion in den asiatischen Niedriglohnländern. Alle diese Fabriken arbeiten für ausländische Auftraggeber in Europa und den USA. «Der fehlende Brandschutz ist nur eines von vielen Problemen. Die Entlohnung liegt oft unter der Armutsgrenze von 2 Dollar, die Arbeitszeit bei 10-14 Stunden täglich, gewerkschaftliche Organisation ist untersagt oder wird massiv behindert», kritisierte Christine Esterbauer, Koordinatorin der Urgent Actions der CCC.

Eine Untersuchung der Kampagne vom letzten Frühjahr zeigt, dass die Arbeitsrechte trotz wiederholter gegenteiliger Versprechen der Textildiscounter regelmäßig verletzt werden. Fabriken, die an Aldi, Lidl und Kik lieferten, beschäftigen ihre Mitarbeiter ohne schriftliche Arbeitsverträge zu Hungerlöhnen. Überstunden werden selten bezahlt, Frauen diskriminiert und sexuellen Übergriffen meist schutzlos ausgeliefert. Von den Textilarbeiterinnen sind 87% junge Frauen. Wer älter ist als 30, hält dem Arbeitsdruck oft nicht mehr stand.

Den Arbeiterwiderstand unterstützen

Seit einigen Jahren boomt die Textilindustrie in Bangladesh, weil westliche Textilkonzerne und Discounter entdeckt haben, dass sich hier zu unschlagbar niedrigen Arbeitskosten und mit erheblich weniger Arbeiterwiderstand als etwa in China produzieren lässt. Die Textilproduktion wird nahezu ausschließlich über einheimische Firmen organisiert, die die Auftragsarbeiten für westliche Modelabels und Discounterketten erledigen. Sie ist inzwischen die wichtigste Industriebranche in dem 1971 von Pakistan abgespaltenen Land. Sie macht 80% seiner der Exporte aus und hat mit 3,5 Millionen Arbeiterinnen den größten Beschäftigtenanteil.

Das Land hat rund 5000 Textilfabriken, die Waren im Wert von etwa 20 Mrd. US-Dollar ausführen. Bangladesh war 2011 der weltweit zweitgrößte Textilproduzent hinter China und der viertgrößte Lieferant von Textilien für die Bundesrepublik.

Längst lassen Einzelhandelsriesen wie Walmart, aber auch C&A, H&M, Lidl und KiK in Bangladesh durch dort ansässige Firmen für sich produzieren, ohne dass die

Arbeitsbedingungen der bengalischen Textilarbeiterinnen im Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit in Nordamerika oder Europa eine Rolle spielen würden.

Die Brandkatastrophe von Dhaka scheint unter anderem auch dazu zu führen, dass sich die Textilarbeiterinnen, die seit Jahren organisiert und militant für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen, allen Kriminalisierungsversuchen zum Trotz wieder verstärkt auf die Straße wagen. Die Arbeiterinnen der Textilindustrie sind in mehr als 60 Gewerkschaften zersplittert, von denen die meisten illegal sind und unter konspirativen Bedingungen arbeiten müssen. Besonders trifft dies radikalere Gewerkschaften wie die National Garment Workers Federation (NGWF), das KP-nahe Garment Trade Union Center (GTUC) sowie die Garments Sramik Sangram Parishad (GSSP).

Seit Ende November hat es bisher täglich Massendemonstrationen, Straßenblockaden und gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben. Am 3. Dezember etwa errichteten 10000 Arbeiterinnen Straßensperren und warfen Steine auf die martialisch aufmarschierende Polizei, die ihrerseits versuchte, die Demonstranten mit Gummigeschossen und Tränengas von der Straße zu vertreiben.

Etwa 50 Textilfabriken, hauptsächlich in Dhaka, wurden zeitweise geschlossen, aus Angst vor Angriffen der Beschäftigten, die auch schon bei früheren Auseinandersetzungen nicht davor zurückgeschreckt waren, die Stätten ihrer Ausbeutung zu verwüsten und Maschinen unbrauchbar zu machen.